

Bern, 12. Juli 2011

Medienmitteilung

*Studie avenir suisse zum Wohnungsmarkt*

### **Angriff auf Baugenossenschaften mit abstrusem Zahlenmaterial**

*Für avenir suisse sind die Baugenossenschaften an vielen Wohnungsproblemen schuld. Mit haarsträubenden Berechnungen werden Mieterinnen und Mieter von Genossenschaftswohnungen zu Gewinnern einer gigantischen Umverteilung. Dabei leisten Wohnbaugenossenschaften einen wichtigen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot.*

Avenir suisse berechnet in ihrer heute vorgestellten Studie, dass alleine die Stadtzürcher, die in einer gemeinnützigen Wohnung leben, jährlich mit 350 Millionen Franken subventioniert werden. Diese abstrus hohe Zahl berechnet avenir suisse aus dem Vergleich der Mietpreise im gemeinnützigen Wohnungsbau und den Wohnungen, die auf dem privaten Wohnungsmarkt angeboten werden. Die meisten Genossenschaftswohnungen sind aber nicht subventioniert. Richtig ist dagegen, dass Wohnbaugenossenschaften im Gegensatz zu Privaten darauf verzichten, eine Rendite zu erzielen – was ihre Wohnungen Jahr für Jahr im Vergleich zu Wohnungen im Privatbesitz günstiger werden lässt. Wenn ein Renditeverzicht als Subvention missverstanden wird, so kann dies nur ideologisch motiviert sein. Profiteure der heutigen Situation sind mit Sicherheit nicht Menschen, die in Genossenschaftswohnungen wohnen, sondern private Eigentümer, die in den Zentren sehr hohe Renditen erzielen.

Gleichzeitig schlägt avenir suisse vor, statt Genossenschaften zu fördern, sozial schwächeren Einzelpersonen Subventionen auszusahlen. Diese Subjekthilfe mag in Einzelfällen wie bei AHV-RentnerInnen (via Ergänzungsleistungen) ein gangbarer Weg sein, aber generell führt die Subjekthilfe zu Mehrkosten, es werden noch mehr Menschen vom Staat abhängig und letztlich würden mit Steuergeldern private Gewinne maximiert.

Die Kritik an den Wohnbaugenossenschaften ist irritierend, da damit eine typische schweizerische Errungenschaft der Selbsthilfe angegriffen wird. Wohnbaugenossenschaften sind ein geeignetes Instrument, um mehrere Probleme zu bekämpfen, die avenir suisse in ihrer Studie aufzählt. So wird etwa der hohe Flächenbedarf pro Person kritisiert: Wohnbaugenossenschaften kennen oft Belegungsvorschriften. Oder die mangelnde Mo-

bilität wird beklagt: Wohnbaugenossenschaften können ihren MieterInnen oft Ersatzwohnungen anbieten und so besser und sozial verantwortungsvoll den Wohnraum nutzen. Die Studie geht von einer naiven Marktgläubigkeit aus, die erst recht die Probleme verschärft statt diese löst.

Für Auskünfte:

Anita Thanei; Vorstandsmitglied SMV, Präsidentin SMV/D: 043 322 07 55 / 079 634 47 18

Michael Töngi, Generalsekretär SMV : 031 301 90 50 / 079 205 97 65